

Baruther Anzeiger

Veröffentlichung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark). Fernsprecher Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes. Donnerstag: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaßte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigegepaßte Reklamezeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutend geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Sonntabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage

Nr. 95

Sonntabend, den 9. August

1930

Deutschlands Tribute — die Ursache der Weltwirtschaftskrise.

Das Urteil englischer Industrieller. London. Die Vereinigung der britischen Elektrotechniker veröffentlicht einen außerordentlich bemerkenswerten Bericht über die gegenwärtige Weltwirtschaftslage. Ordnungsmäßige Sicherung des Goldstandards, so heißt es in dem Bericht, werde durch die Zahlung der deutschen Tribute und durch die Schuldenleistungen an die Vereinigten Staaten unmöglich gemacht. Eine wirklich dauerhafte Wiederherstellung des Handels sei abhängig von der Abschaffung der Tribute und von der Wiedereröffnung von Anleihen durch die Vereinigten Staaten und Frankreich in großem Ausmaß. Die Auffassung großer Mengen von Gold durch die Vereinigten Staaten und Frankreich auf allen wichtigen Märkten, insbesondere aber in Südamerika und im Fernen Osten, habe dazu geführt, daß dem internationalen Markt Mittel für die Wiederbelebung des Handels entzogen seien. Vor 1932 könne kaum mit einer wirklich umfassenden Besserung gerechnet werden.

Ueber die Lage in den wichtigsten Industrieländern heißt es weiter, daß sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Deutschland die Wirtschaftskrise tief empfindlicher als in Großbritannien. Der auf Deutschland bezügliche Bericht lautet wörtlich:

Deutschland befindet sich in der am meisten kritischen Lage von allen drei Ländern.

Die Reparationschwierigkeiten sind verschärft worden durch die Abschaffung der Sachlieferungen durch die Kommerzialisierung eines Teiles der deutschen Reparationsschuld. Es ist nach wie vor richtig, daß die auf diese Reparationen nur durch eine bedeutende Kapitaleinfuhr gedeckt werden können. Diese Kapitaleinfuhr hat durch einen starken Export eine unannehmliche Belebung der Ausfuhr zur Folge, entweder durch Deflation im Inlande, oder durch zwangsweise Herabsetzung der Preise, welche erreicht wird oder letzten Endes durch eine Substanzabfuhr Deutschlands an das Ausland.

Es wird weiter gesagt, daß die kürzlich erfolgte Herabsetzung der Preise der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und die Verbesserung der Frachttarife für Rohstoffe für Ausfuhrzwecke sind wichtige Beweise dafür, daß die deutsche Regierung den Preis hat, die Ausfuhr um jeden Preis zu steigern, eine Methode, die zu Rückwirkungen in anderen Ländern und zur Verschärfung der internationalen Wirtschaftslage führen kann.

Frankreich will auf das Versailler Vertragssystem nicht verzichten?

Paris. Eine Delegation des französischen Ministerpräsidenten, bestehend aus dem französischen Ministerpräsidenten, sind empfangen worden. Dem Ministerpräsidenten wurde eine Entschließung überreicht, in der die Politik der Regierung gegenüber Frankreichs gebunden ist. Frankreich habe Opfer ohne Gegenleistungen gebracht. Die Verhandlungen zwischen Deutschland gegenüber und die Politik gegenüber Staaten habe zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Der Verband appelliere an Cardoux als Ministerpräsident, der französischen Außenpolitik eine Orientierung zu geben, durch die insbesondere die Rechte Frankreichs aus dem Versailler Vertrag unangeführt bleiben, und sich auf eine etwaige Revision des Versailler Vertrages unter der Bedingung einzulassen, daß Frankreich höhere und sofort realisierbare Vorteile, sei es in der Frage der Sicherheit oder in der Frage der Reparationen, die es von dem Angreifer von 1914 zu erhalten habe, bringe.

Das Echo de Paris fügt der Meldung hinzu, daß Ministerpräsident Cardoux von der Entschließung mit großer Aufmerksamkeit Kenntnis genommen und die Delegation seinen Dank ausgesprochen habe.

Die französisch-polnische Allianz.

Die französische Minister loben die polnische Handels- und Kriegsausrüstung.

Paris. Der französische Luftfahrtminister Laurent Eynac und der Minister für öffentliche Arbeiten, Perrot, die von einer Reise nach Polen zurückgekehrt sind, äußern sich begeistert über den Aufschwung, den Polen nach dem Krieg genommen habe. Der Minister Eynac betonte allem die Fortschritte, die Polen auf dem Gebiet des Luftwesens gemacht habe. Polen verfüge heute über ausgedehnte Maschinen, sowohl für den Passagierverkehr als für den Frachtverkehr und über ausgezeichnete Apparate. Der Minister Perrot hob den Aufschwung der polnischen Industrie hervor: Im Hafen von Gdingen werde die Wiederherstellung der ungeheuren Aufschwung, den diese im Jahre 1923 nur als Fischerdorf mit einem Einwohnerstande erlebte habe. Für Frankreich sei diese Tatsache von so wertvoller, als es einen nicht geringen Anteil an dem Wachstum des östlichen Hafens an sich zu ziehen. Man wird zu unterscheidenden Kategorien von Waren werden versprochen.

Wahlen und Parteibewegung.

Um die Meinungsfreiheit der Beamten.

Auf den Erlass des Preussischen Staatsministeriums gegen eine Beteiligung von Beamten an radikalen Parteien haben der Deutsche Beamtenbund und der Preussische Beamtenbund nunmehr der Preussischen Staatsregierung eine Eingabe zugeleitet, in der auf die durch die Reichsverfassung auch den Beamten gewährleistete Freiheit der politischen Meinung hingewiesen wird. In der Eingabe heißt es u. a., daß nach Art. 130 der Reichsverfassung dem Beamten nicht verwehrt sei, eine bestimmte politische Auffassung zu haben und sich zu ihr — selbstverständlich in einer mit seiner Beamtenstellung zu vereinbarenden Form — zu äußern. Ein solches Bekenntnis könne um so weniger verwehrt werden, wenn es sich um eine politische Richtung handle, die im Rahmen der Verfassung durch Abgeordnete in den Parlamenten vertreten sei. Zum Schluß betonen die beiden Beamtenverbände unter Hinweis auf die beamtenpolitischen Maßnahmen der letzten Zeit, daß der genannte Erlass des Preussischen Staatsministeriums erneut Zweifel an der Sicherheit der Verfassungsgarantien hervorgerufen müsse, und fordern eine Überprüfung in der Richtung, daß eine bloße Zugehörigkeit zu den in Betracht kommenden Parteien nicht unter das Verbot gestellt werde.

Sitzung des Parteivorstandes der D. W. P.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat am Donnerstag im Reichstag zusammen, um vor allem unter Parteifragen zu erörtern. Es dürfte sich hierbei in erster Linie um die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Kandidatenlisten handeln. Am Nachmittag sollen dann die Besprechungen zur Bildung einer breiten bürgerlichen Wahlfront fortgesetzt werden.

Wie man hört, rechnet man in volksparteilichen Kreisen mit einem gemeinsamen Wahlkampf aller jetzt noch an den Verhandlungen teilnehmenden Parteien, der u. a. auch die Zulassung gemeinsamen Zusammenarbeitens nach den Wahlen einfallen soll. Die Staatspartei ist an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.

Ueber die Stellung des Landesverbandes Pommern der D. W. P. zu der Heimatprovinz schreibt der Vorsitzende des Landesverbandes, v. Siewisch, dem Pommerschen Landesverband der Deutschnationalen habe es seit jenem Besiege für seine vornehmste Aufgabe erachtet, mit allem seinen Kräften einzutreten für die nationalen und wirtschaftlichen Grundlagen der Provinz. In dem bevorstehenden Wahlkampf kämpfe der Pommersche Deutschnationale Landesverband ebenso für die Grundfrage der pommerschen Wirtschaft und die Belange jedes Berufskreises wie um die nationalen Hochziele, die im Kampf gegen die Verklammerung des Vaterlandes und die Volk und Vaterland zerschlagenden marxistischen Kräfte stets Hochziele des deutschnationalen Kampfes gewesen seien.

Dieser Brief ist eine Antwort auf die Austrittserklärung aus der D. W. P. der Herren v. Arnheims, v. Flemming-Baehig, v. Flügel-Sped, die sich mit dem Vorgehen Jugenbergs nicht einverstanden erklärten.

Der Landesvorstand der Deutschen demokratischen Partei des Saargebietes hat mit Mehrheit die Gründung der Deutschen Staatspartei begrüßt und seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben, bei der Gründung einer Saargegruppe der Deutschen Staatspartei mitzuwirken. Zu Verhandlungen wurde ein Ausschuss eingesetzt.

Freiherr von Grote hat an den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hauptmann a. D. Schmidt-Sannover, als Gründer und Führer des Stahlhelm in Anhalt einen Brief gerichtet, in dem er der Ansicht Ausdruck gibt, daß die abwartende Haltung der Kriegsgeneration nunmehr aufgegeben werden muß, nachdem die neue Führung der Deutschnationalen auf einem klaren Wege alle Pseudo- und Erfolgskonserwativen aus dem Reigen der Partei entfernt und dadurch die erste und allerdings auch letzte Möglichkeit für eine dringend notwendige Verjüngung eröffnet habe.

Der außerordentlich Jugentag des jungdemokratischen Verbandes Berlin-Brandenburg hat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, aus dem jungdemokratischen Reichsbund auszutreten und sich der „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ anzuschließen.

Wiederum Unwetter im deutsch-holländischen Grenzgebiet.

Amsterdam. Ein furchtbares Unwetter ging wiederum im deutsch-niederländischen Grenzgebiet nieder, und zwar diesmal über Nymwegen und Umgebung. In das an der deutschen Grenze gelegene Hotel Spitzer in Beet lag der Blitz ein. Ein Teil des Hotels wurde vernichtet. In Woonsrecht wurde eine Anzahl Häuser vom Blitz getroffen. Ein Landwirt wurde vom Blitz erschlagen. Ein Kind erlitt durch Blitzschlag schwere Verletzungen.

Riesige Waldbrände in U. S. A.

Großzügige Hilfsaktion für die durch die Dürre geschädigte Landwirtschaft.

New York. Die amerikanische Dürrekatastrophe wüthet von Tag zu Tag. Unabwiesig brennt die Sonne auf die Erde herunter, entzieht dem Boden immer mehr Feuchtigkeit und richtet so weiter unermesslichen Schaden an. Die diesjährige Maisernte ist infolge der Dürre der Vernichtung ausgeliefert. Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten werden Todesfälle infolge Hitzschläge usw. gemeldet. Infolge der anhaltenden Trockenheit ist die Milchversorgung der Städte erheblich gefährdet.

Die amerikanische Milchproduzenten kündigen schon jetzt eine Erhöhung des Milchpreises um 1 Cent (42 Pfennige) pro Liter an. Ueberall in den Vereinigten Staaten, von Colorado bis nach Kalifornien, tobten riesige Waldbrände, die infolge der Trockenheit entstanden sind. Hunderte von Häusern sind durch die Flammen bereits vernichtet worden, ohne daß es gelang, dem sich in rasender Schnelligkeit ausbreitenden Feuer Einhalt zu gebieten.

Unterzählig lastet die Hitze auf den Menschen.

Die Bevölkerung der Großstädte, wo die Steinbauten in wahre Backöfen verwandelt sind, benutzt jede Gelegenheit, in den freibühnen Wäldern zu suchen. Sanktende kampieren Nacht für Nacht im Freien, da die Hitze sie in ihren Wohnungen keinen Schlaf finden läßt. Tag für Tag werden auf den Rettungswachen Hunderte von Personen eingeliefert, die infolge der Hitze ohnmächtig geworden sind. Jeder mehrer sich auch die Todesfälle durch Ertrinken in den Freibühnen infolge Hitzschläge. Aus dem Inhalt der Zeitungen interessieren in erster Linie nur noch die Wetterberichte. In Washington wird fleißig daran gearbeitet, die

Hilfsaktion für die durch die Hitze schwergeschädigte Landwirtschaft.

ins Werk zu setzen. Der amerikanische Landwirtschaftsminister Hyde, der sich auf einer Informationsreise durch die mittelwestlichen Staaten befand und die Verheerungen des Saatbestandes aus eigener Anschauung kennt, hat alle für ihn vorgehenden Empfänge und Vorträge abgelehnt und kehrt auf schnellstmöglichem Wege nach Washington zurück. Die großen Eisenbahngesellschaften haben sich zur Mitarbeit an dem Hilfswerk für die Landwirtschaft bereit erklärt. Durch erhöhte Wagenstellung und Gewährung von Ausnahmearbeitsstellen wollen sie den amerikanischen Farmern die Trockenheitskrisis überwinden helfen.

Sichtseiten der Dürre.

Wenn auch die Lage vom Produktionsstandpunkt aus gesehen als sehr schlimm bezeichnet werden muß, so hat die große Hitze eigenartig gute Auswirkung gezeitigt, insofern nämlich, als die Frage der Lebererzeugung des letzten Jahres jetzt auf radikale Weise gelöst worden ist. Die großen Getreide- und Baumwollbestände vom vergangenen Jahre können jetzt verwertet werden. Was die amerikanische Landwirtschaft mengenmäßig verliert, wird zweifellos durch höhere Preise wieder eingetrudelt werden. Die Saufe auf der Chitagoer Weizenbörse bedeutet, umgerechnet auf die Gesamternte, eine Wertsteigerung von nicht weniger als 650 Millionen Dollar (etwa 2760 Millionen Mark).

Neue Betrugsaffäre bei einer tschechischen Militärbehörde.

Eger. In Karolinenthal wurde der Vertreter eines Abteilungsleiters in der Militärpensionskassendirektion, Stabskapitän Igor Jarosch, wegen raffiniertester Betrügereien mit Amtsgeldern verhaftet, die bis in den Monat Mai zurückreichten. In den drei Tagen 13. Mai, 2. Juni und 4. Juli veruntreute Jarosch rund 20 000 Kronen, doch dürften sich die Summen noch bedeutend erhöhen. Er wußte alle komplizierten Kontrollmaßnahmen geschickt zu umgehen und verschob die zu seinen Betrügereien benutzten Akte mit sieben gefälschten Unterschriften. Auf diese Weise wies er sich selbst zur Auszahlung mehrere unzulässige Pensionsbeträge zu. Die Falschungen führte Jarosch so gründlich durch, daß sie niemand von den Originalunterschriften unterzeichnen konnte. Durch eine vom Urlaub zurückkehrende Beamtin, der eine angeklagt von ihr stammende Unterschrift auf einem Pensionsanwerbsformular verdächtig erschien, wurden die Betrügereien aufgedeckt.

Deutsche Kurgäste verlassen Holland.

Die Folge des Boykotts gegen deutsche Waren. Amsterdam. Nach Mitteilung des Zentralorgans des „Allgemeinen Niederländischen Volkvereins“ hat sich nach Schweben jetzt auch Dänemark der Boykottbewegung gegen deutsche Waren angeschlossen. Als Gegenmaßnahme gegen den von den Niederländischen Volkvereins ermittelten Wirtschaftskampf gegen Deutschland hat eine Anzahl deutscher Kurgäste die niederländischen Nordseebäder verlassen mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie unter den obwaltenden Umständen es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren könnten, länger in holländischen Kurorten zu verweilen.